

DIEHL

Diehl Metal Applications

**Verhaltenskodex
für Lieferanten**



Vorbemerkung

Sehr geehrte Geschäftspartner,

die Geschäftsbeziehung zwischen Diehl und seinen Lieferanten und Unterauftragnehmern (im Folgenden als „Geschäftspartner“ bezeichnet) ist ein wichtiger Bestandteil zum Aufbau des Geschäftserfolgs. Diehl verlangt von seinen Geschäftspartnern, also von Ihnen, die vollständige Einhaltung und Sicherstellung der Einhaltung aller auf Ihr Unternehmen anwendbaren und für Ihr Unternehmen geltenden Gesetze und Vorschriften der Länder, in denen Sie Geschäfte tätigen oder Dienstleistungen erbringen, sowie insbesondere die Einhaltung und Weitergabe in Ihrer Lieferkette der in diesem Verhaltenskodex für Geschäftspartner (im Folgenden als „Kodex“ bezeichnet) festgelegten Standards.

Darüber hinaus formalisiert dieser Kodex die ethischen, menschen- und umweltrechtlichen Erwartungen, die Diehl an seine Geschäftspartner im Rahmen eines integren Geschäftsgebarens stellt. Der Kodex hat zum Ziel, die Grundprinzipien der geschäftlichen Zusammenarbeit mit Unternehmen der Diehl-Gruppe an alle Geschäftspartner zu kommunizieren und diese verbindlich zu regeln.

Diehl erkennt die Unterschiede in den Kulturen und den gesetzlichen Anforderungen an und verlangt gleichzeitig, dass unabhängig vom Standort der Geschäftspartner alle Geschäfte in einer Weise geführt werden, die mit diesem Kodex vereinbar ist.

Dieser Kodex stellt den Mindeststandard der besten Praxis dar. Der Kodex findet daher Anwendung auf alle Geschäftspartner von Diehl und ist wesentlicher Bestandteil der Vertragsbeziehungen zwischen Diehl und allen Geschäftspartnern; dies gilt auch für alle verbundenen Unternehmen und Mitarbeiter der Geschäftspartner. Jeder Geschäftspartner hat bei der Erbringung seiner Lieferungen und Leistungen an ein Unternehmen von Diehl den Kodex zu beachten, einzuhalten und zu fördern, sowie seine Mitarbeiter diesbezüglich regelmäßig und angemessen zu schulen. Von den Geschäftspartnern wird erwartet, dass sie Managementsysteme mit Richtlinien und Prozessen einrichten, um die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften sowie die Einhaltung der in diesem Kodex formulierten Erwartungen zu unterstützen.

Diehl behält sich vor, die Fortsetzung der Geschäftsbeziehung mit einem Geschäftspartner davon abhängig zu machen, dass dieser seine Geschäfte im Einklang mit etwaig angepassten Anforderungen von Diehl führt, insbesondere in Abhängigkeit von Ergebnissen einer möglichen Risikoanalyse.

Diehl erwartet von seinen Geschäftspartnern, dass sie die in diesem Kodex dargelegten Erwartungen an ihre Geschäftspartner (im Folgenden als „Unterauftragnehmer“ bezeichnet), mit denen sie bei der Bereitstellung von Waren und/oder Dienstleistungen zusammenarbeiten, weitergeben und einfordern. Gleiches gilt für die Lieferkette des Unterauftragnehmers.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet.

1. Geltungsbereich

Dieser Kodex gilt für alle Lieferanten (im Folgenden „Geschäftspartner“), mit denen Unternehmen der Diehl-Gruppe eine Geschäftsbeziehung eingehen.

2. Einhaltung der Gesetze

Die Geschäftspartner müssen alle für ihre Geschäftstätigkeit geltenden Gesetze und Vorschriften einhalten, einschließlich der lokalen Gesetze und Vorschriften aller Länder außerhalb Deutschlands, in denen operative oder strategische Geschäfte getätigt oder Dienstleistungen erbracht werden.

3. Bestechungs- und Korruptionsverbot

3.1 Antikorruptionsgesetze

Die Geschäftspartner müssen sich an die Antikorruptionsgesetze, -Richtlinien und -Vorschriften halten, die für die Geschäftstätigkeit in den Ländern gelten, in denen sie geschäftlich tätig sind, unabhängig von den örtlichen Gepflogenheiten. Dies schließt auch die Einhaltung von Antikorruptionsgesetzen mit extraterritorialer Anwendung ein.

Jede Art von Bestechung und Korruption ist untersagt. Kein Geschäftspartner darf Bestechungsgelder anbieten, gewähren oder selbst annehmen. Bestechung ist eine Straftat, und zwar sowohl die Bestechung im geschäftlichen Verkehr als auch die Bestechung eines Amtsträgers bzw. die Vorteils-gewährung und Beschleunigungszahlungen (Facilitation Payments). Insbesondere ist allen Geschäftspartnern das direkte oder indirekte Anbieten, Versprechen, Gewähren oder Annehmen unangemessener materieller oder sonstiger Vorteile zum Zweck der Auftragsgewinnung sowie zur Erlangung unrechtmäßiger Vergünstigungen untersagt (Korruption).

Von den Geschäftspartnern wird erwartet, dass sie eine angemessene Due-Diligence-Prüfung durchführen, um Bestechung und Korruption bei allen geschäftlichen Vereinbarungen zu verhindern und aufzudecken, einschließlich Partnerschaften, der Beauftragung von Auftragnehmern und Subunternehmern, Joint Ventures, Offset-Vereinbarungen und der Beauftragung von Dritten, wie z.B. Vermittlern, Handelsvertretern oder Beratern.

3.2 Unerlaubte Zahlungen

Die Geschäftspartner dürfen keine illegalen Zahlungen anbieten und auch nicht zustimmen, illegale Zahlungen von Kunden, Unterauftragnehmern, deren Agenten, Vertretern oder anderen zu erhalten. Wir erwarten von den Geschäftspartnern, dass sie ihren Mitarbeitern die Annahme, Zahlung und/oder das Versprechen von Geldbeträgen oder Wertgegenständen, direkt oder indirekt, mit der Absicht, unzulässigen Einfluss auszuüben oder unzulässige Vorteile zu erlangen, verbieten. Dieses Verbot gilt auch an Standorten, an denen solche Aktivitäten möglicherweise nicht gegen das lokale Recht verstoßen.

Die Geschäftspartner dürfen keine unzulässigen Zahlungen von Geld oder Wertgegenständen an Amtsträger, Regierungsbeamte, politische Parteien, Kandidaten für öffentliche Ämter oder andere Personen anbieten, versprechen, leisten oder akzeptieren.

Dies schließt ein Verbot so genannter "Beschleunigungs-" oder "Schmiergeld"-Zahlungen ein, die dazu bestimmt sind, die Durchführung einer routinemäßigen staatlichen Handlung, wie z. B. die Erlangung

eines Visums oder einer Zollabfertigung, zu beschleunigen oder zu sichern, es sei denn, es gibt eine formale gesetzliche Gebührenordnung für solche Beschleunigungsdienste gegen Quittung. Zahlungen für die persönliche Sicherheit sind zulässig, wenn eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit besteht.

3.3 Geschäftsbeziehungen

Beziehungen zwischen Unternehmen sowie Mitarbeitern und deren Geschäftspartnern – z.B. mit Unterauftragnehmern und Kunden sowie mit staatlichen Stellen und deren Mitarbeitern etc. – müssen von Transparenz gekennzeichnet sein, insbesondere im Einkauf und Vertrieb. Dies gilt auch für Beziehungen mit ehemaligen Mitarbeitern und insbesondere auch Angehörigen von Mitarbeitern, die den Geschäftspartner direkt oder indirekt mit Waren oder Dienstleistungen beliefern.

Mitarbeiter der Geschäftspartner, die in Vertragsverhandlungen mit Behörden involviert sind, müssen die für das jeweilige Land gültigen Richtlinien für den Angebotsprozess kennen und dürfen nicht gegen sie verstoßen.

Die Geschäftspartner müssen sich mit fairen und legalen Mitteln um Aufträge bewerben und Vertragsverhandlungen unter Einhaltung aller Rechtsvorschriften führen.

3.4 Betrug und Täuschung

Die Geschäftspartner dürfen nicht versuchen, sich durch betrügerische Handlungen, Täuschung, falsche Behauptungen oder durch die Erlaubnis, dass eine andere Person, die sie vertritt, dies tut, einen Vorteil irgendeiner Art zu verschaffen. Dies schließt Betrug oder Diebstahl und jede Art der Veruntreuung von Eigentum oder Informationen ein.

3.5 Wettbewerb und Kartellrecht

Die Geschäftspartner dürfen keine formellen oder informellen wettbewerbswidrigen Absprachen treffen, die z.B. Preise festlegen, Angebote manipulieren, das Angebot begrenzen oder Märkte aufteilen/kontrollieren. Sie dürfen keine aktuellen, vergangenen oder zukünftigen Preisinformationen mit Wettbewerbern austauschen. Geschäftspartner dürfen sich nicht an einem Kartell oder an Aktivitäten beteiligen, die den Wettbewerb unrechtmäßig einschränken oder beeinträchtigen würden.

3.6 Geschenke / Geschäftliche Höflichkeiten

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie über die Vorzüge ihrer Produkte und Dienstleistungen konkurrieren. Die Geschäftspartner dürfen den Austausch von geschäftlichen Höflichkeiten nicht nutzen, um sich einen unlauteren Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. In jeder Geschäftsbeziehung müssen die Geschäftspartner sicherstellen, dass das Anbieten oder Annehmen von Geschenken oder geschäftlichen Höflichkeiten nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften zulässig ist und dass dieser Austausch nicht gegen die Regeln und Standards der Organisation des Empfängers verstößt und mit angemessenen Marktgepflogenheiten und -praktiken vereinbar ist. Es dürfen keine Bargeldgeschenke oder Bargeldäquivalente angeboten oder angenommen werden.

3.7 Interessenkonflikt

Wir erwarten von den Geschäftspartnern, dass sie alle Interessenkonflikte oder Situationen, die den Anschein eines potenziellen Interessenkonflikts erwecken, vermeiden. Die Geschäftspartner werden alle betroffenen Parteien unverzüglich benachrichtigen, wenn ein tatsächlicher oder potenzieller Interessenkonflikt auftritt. Dies beinhaltet einen Konflikt zwischen den Interessen des Geschäftspartners und / oder seinen Unterauftragnehmern und persönlichen Interessen oder denen von nahen Verwandten, Freunden oder Bekannten.

4. Globale Handelscompliance

4.1 Import

Die Geschäftspartner müssen dafür sorgen, dass ihre Geschäftspraktiken in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen, Richtlinien und Vorschriften für den Import von Teilen, Komponenten, technischen Daten und Dienstleistungen stehen.

4.2 Export und Sanktionen

Die Geschäftspartner müssen dafür sorgen, dass ihre Geschäftspraktiken mit allen anwendbaren Gesetzen, Richtlinien und Vorschriften, einschließlich Wirtschaftssanktionen und Embargos, übereinstimmen, die den Export und Transfer von Teilen, Komponenten und technischen Daten und Dienstleistungen regeln. Die Geschäftspartner müssen wahrheitsgemäße und korrekte Informationen zur Verfügung stellen und, falls erforderlich, Exportlizenzen und/oder Genehmigungen einholen.

4.3 Verantwortungsvolle Beschaffung von Mineralien

Die Geschäftspartner müssen sich an die geltenden Gesetze und Vorschriften halten in Bezug auf die direkte und indirekte Beschaffung von kritischen Materialien und Konfliktmineralien (d.h., wenn diese in gekaufte Produkte integriert sind). Zu diesen Materialien gehören "Konfliktmineralien" (Zinn, Wolfram, Tantal und Gold), Seltene Erden, sowie andere Mineralien oder Metalle (z.B. Bauxit, Kobalt, Titan, Lithium). Die Geschäftspartner müssen eine Richtlinie und ein Managementsystem einführen, um in angemessener Weise sicherzustellen, dass die "Konfliktmineralien" sowie kritische Materialien, die in den von ihnen gelieferten Produkten enthalten sein können, auf verantwortungsvolle Weise beschafft werden (d. h. mit begrenzten Auswirkungen auf die Umwelt und ohne Beeinträchtigung der Menschenrechte).

Die Geschäftspartner müssen Bemühungen unterstützen, die Verwendung von Konfliktmineralien zu unterbinden, die direkt oder indirekt bewaffnete Gruppen finanzieren oder begünstigen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen. Die Geschäftspartner müssen eine Due-Diligence-Prüfung durchführen und auf Anfrage unterstützende Daten zu ihren Quellen und der Lieferkette für diese Mineralien zur Verfügung stellen und auf mögliche Zweifel hinsichtlich der Herkunft und / oder der Produktionsmittel hinweisen.

Für den Fall, dass die Lieferkette des gelieferten Materials "unbestimmbar" oder anderweitig unbekannt ist, müssen die Geschäftspartner entweder die entsprechenden Zertifizierungen erwirken oder diese Quelle der Mineralien ausschließen.

4.4 Gefälschte Teile

Wir erwarten von den Geschäftspartnern, dass sie effektive Methoden und Prozesse entwickeln, implementieren und pflegen, die für ihre Produkte geeignet sind, um das Risiko der Lieferung gefälschter Teile und Materialien zu minimieren. Es muss wirksame Prozesse geben, um gefälschte Teile und Materialien zu erkennen, zu melden und unter Quarantäne zu stellen und um zu verhindern, dass solche Teile wieder in die Lieferkette gelangen. Wenn gefälschte Teile und/oder Materialien entdeckt oder vermutet werden, müssen die Geschäftspartner die Empfänger solcher gefälschten Teile und/oder Materialien unverzüglich benachrichtigen.

4.5 Produktsicherheit und Qualität

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie alle Gesetze und Vorschriften zur Produktsicherheit und -qualität einhalten und gleichzeitig Produkte und/oder Dienstleistungen gemäß den vereinbarten Produktsicherheits- und Qualitätsstandards liefern.

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie über Qualitätssicherungsprozesse verfügen, um etwaige Mängel zu erkennen und Korrekturmaßnahmen zu ergreifen.

4.6 Geldwäscheprävention

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie die rechtlichen Vorschriften zur Geldwäscheprävention einhalten.

5. Finanzielle Verantwortung (Genaue Aufzeichnungen führen)

Unsere Geschäftspartner beachten die jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften und sind sich ihrer finanziellen Verantwortung bewusst. Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie über angemessene Kontrollen verfügen, um Geschäftsunterlagen korrekt und sicher zu erstellen, aufzubewahren und zu pflegen und dass sie keinen Eintrag verändern, um die zugrundeliegende Transaktion zu verschleiern oder falsch darzustellen. Alle Aufzeichnungen, unabhängig von ihrem Format, die als Beweis für eine geschäftliche Transaktion erstellt oder erhalten werden, müssen die Transaktion oder das Ereignis, das dokumentiert wird, vollständig und korrekt darstellen. Aufzeichnungen müssen gemäß den geltenden Aufbewahrungsanforderungen aufbewahrt werden.

6. Schutz von Informationen

6.1 Schutz sensibler, vertraulicher und anderer zu schützender Informationen

Wir erwarten von den Geschäftspartnern, dass sie dafür sorgen, dass alle sensiblen, vertraulichen und anderen zu schützenden Informationen angemessen geschützt werden.

Die Geschäftspartner müssen bei der Erhebung, Verarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten und Informationen die geltenden Datenschutzgesetze einhalten.

Die Geschäftspartner dürfen Informationen nicht für andere Zwecke (z. B. Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und ähnliches) als für den Geschäftszweck, für den sie zur Verfügung gestellt wurden, verwenden, es sei denn, es liegt eine vorherige Genehmigung des Eigentümers der Informationen vor.

Die Geschäftspartner müssen die sensiblen, vertraulichen und urheberrechtlich geschützten Informationen anderer, einschließlich personenbezogener Daten/Informationen, durch angemessene physische und elektronische Sicherheitsverfahren vor unbefugtem Zugriff, Zerstörung, Verwendung, Veränderung und Offenlegung schützen, einschließlich der Minderung neu entstehender Risiken für Informationssysteme durch die Implementierung geeigneter IT-Cybersicherheitsprogramme.

Die Geschäftspartner müssen jede vermutete oder tatsächliche Datenschutzverletzung oder jeden Sicherheitsvorfall, sobald sie davon Kenntnis erlangen, an Diehl melden, wenn die Datenschutzverletzung/der Sicherheitsvorfall die Geschäftsbeziehung betrifft.

6.2 Schutz geistigen Eigentums

Die Geschäftspartner müssen sich an alle anwendbaren Gesetze zur Geltendmachung von Rechten an geistigem Eigentum halten, einschließlich des Schutzes vor Offenlegung. Des Weiteren müssen die Geschäftspartner das geistige Eigentum anderer natürlicher und juristischer Personen respektieren und dürfen die entsprechenden Informationen, Computerprogramme oder Verfahren ausschließlich gemäß den jeweiligen Lizenzvereinbarungen beziehungsweise im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nutzen.

6.3 Insiderhandel

Die Geschäftspartner und ihre Mitarbeiter dürfen keine wesentlichen oder nicht öffentlich bekannt gegebenen Informationen, die sie im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehung erhalten haben, als Grundlage für den Handel mit Aktien oder Wertpapieren eines Unternehmens verwenden oder um anderen den Handel damit zu ermöglichen.

7. Zahlung der Steuern

Die Geschäftspartner müssen dafür sorgen, dass sie alle geltenden Steuergesetze und -vorschriften in den Ländern, in denen sie tätig sind, einhalten und gegenüber den Steuerbehörden offen und transparent sind. Unter keinen Umständen dürfen sich Geschäftspartner an vorsätzlicher illegaler Steuerhinterziehung beteiligen oder eine solche Hinterziehung im Auftrag anderer erleichtern.

Daher müssen die Geschäftspartner wirksame Kontrollen einführen, um das Risiko der Steuerhinterziehung oder deren Erleichterung zu minimieren, und entsprechende Schulungen, Unterstützung und Whistleblowing-Verfahren mit einem Schutz vor Maßregelungen anbieten, um sicherzustellen, dass ihre Mitarbeiter diese verstehen und effektiv umsetzen und etwaige Bedenken melden können.

8. Rechtzeitige Bezahlung von Unterauftragnehmern

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern ein faires und angemessenes Zahlungsverhalten und die pünktliche Bezahlung unbestrittener und gültiger Rechnungen gemäß den jeweils vertraglich vereinbarten Zahlungsbedingungen.

9. Management von Risiken

Wir erwarten von den Geschäftspartnern ein aktives Risikomanagement im Einklang mit den geltenden gesetzlichen Regelungen und dass Risiken nicht unangemessen auf Subunternehmer oder Dritte abgewälzt werden. Geschäftspartner müssen Informationen über Risiken teilen, um sicherzustellen, dass Risiken gemindert werden können.

10. Sorgfaltspflichten und Verantwortung in der Lieferkette

10.1 Grundsatz

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie basierend auf international anerkannten Menschenrechten und den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UN Guiding Principles on Business and Human Rights), sowie den vier Grundprinzipien der ILO-Kernarbeitsnormen ihre Geschäfte und Tätigkeiten in einer Weise durchführen, die die Menschenrechte achtet und respektiert.

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie ihre Mitarbeitenden und die Mitarbeitenden ihrer Unterauftragnehmer mit Würde behandeln und faire Beschäftigungspraktiken und -verhältnisse fördern. Dazu gehören insbesondere die Zahlung fairer und wettbewerbsfähiger Löhne, das Verbot von Belästigung, Mobbing und Diskriminierung, das Verbot von Kinder-, Zwangs-, Schuldknecht- oder Leibeigenen-Arbeit und das Verbot von Menschenhandel zu irgendeinem Zweck.

Die Erfüllung von Sorgfaltspflichten, insbesondere die Wahrung der nachfolgend genannten geschützten Rechtspositionen, und die Übernahme von Verantwortung in den Lieferketten durch die Geschäftspartner innerhalb des Lieferantennetzwerkes der Diehl-Gruppe ist für Diehl von zentraler Bedeutung. Der Geschäftspartner verpflichtet sich daher, die in diesem Kodex aufgeführten Sorgfaltspflichten und die Wahrung der geschützten Rechtspositionen in seiner Lieferkette durch Vereinbarung mit seinen Unterauftragnehmern zu adressieren, wahrzunehmen, zu überwachen und Verantwortung hierfür zu übernehmen. Hierzu müssen die Geschäftspartner Risiken und tatsächliche nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen identifizieren und die verantwortlichen Personen und ihre Geschäftsführung im Rahmen des internen Risikomanagements hierüber informieren. Sie müssen geeignete Maßnahmen ergreifen, um Risiken zu erkennen, vorzubeugen, zu reduzieren und sicherzustellen, dass ihre Aktivitäten nicht zu Menschenrechts- oder Umweltverletzungen beitragen oder diese verursachen und um alle negativen Auswirkungen zu beheben, die direkt durch ihre Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen verursacht oder mitverursacht werden.

10.1.1 Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten

Unsere Geschäftspartner verpflichten sich zur Wahrung:

1. des Verbots der Beschäftigung eines Kindes unter dem Alter, mit dem nach dem Recht des Beschäftigungsortes die Schulpflicht endet, wobei das Beschäftigungsalter 15 Jahre nicht

unterschreiten darf; dies gilt nicht, wenn das Recht des Beschäftigungsortes hiervon in Übereinstimmung mit Artikel 2 Absatz 4 sowie den Artikeln 4 bis 8 des Übereinkommens Nr. 138 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung abweicht;

2. des Verbots der schlimmsten Formen der Kinderarbeit für Kinder unter 18 Jahren; gemäß Artikel 3 des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit.
3. des Verbots der Beschäftigung von Personen in Zwangsarbeit; dies umfasst jede Arbeitsleistung oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung von Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat, etwa in Folge von Schuldknechtschaft oder Menschenhandel; ausgenommen von der Zwangsarbeit sind Arbeits- oder Dienstleistungen, die mit Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit oder mit Artikel 8 Buchstabe b und c des Internationalen Paktes vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte vereinbar sind;
4. des Verbots aller Formen der (modernen) Sklaverei, sklavenähnlicher Praktiken, Leibeigenschaft oder anderer Formen von Herrschaftsausübung oder Unterdrückung im Umfeld der Arbeitsstätte, etwa durch extreme wirtschaftliche oder sexuelle Ausbeutung und Erniedrigungen;
5. des Verbots der Missachtung der nach dem Recht des Beschäftigungsortes geltenden Pflichten des Arbeitsschutzes, wenn hierdurch die Gefahr von Unfällen bei der Arbeit oder arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren entstehen, insbesondere durch:
 - a. offensichtlich ungenügende Sicherheitsstandards bei der Bereitstellung und der Instandhaltung der Arbeitsstätte, des Arbeitsplatzes und der Arbeitsmittel,
 - b. das Fehlen geeigneter Schutzmaßnahmen, um Einwirkungen durch chemische, physikalische oder biologische Stoffe zu vermeiden,
 - c. das Fehlen von Maßnahmen zur Verhinderung übermäßiger körperlicher und geistiger Ermüdung, insbesondere durch eine ungeeignete Arbeitsorganisation in Bezug auf Arbeitszeiten und Ruhepausen oder
 - d. die ungenügende Ausbildung und Unterweisung von Beschäftigten;

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie das Recht der Arbeitnehmer respektieren, den Arbeitsplatz nach ihrer Schicht zu verlassen und den Arbeitnehmern im Einklang mit dem Recht des Beschäftigungsortes geregelte Arbeitszeiten, tägliche und wöchentliche Ruhezeiten und Jahresurlaub gewähren;

6. des Verbots der Missachtung der Koalitionsfreiheit, nach der
 - a. Arbeitnehmer sich frei zu Gewerkschaften zusammenschließen oder diesen beitreten können,
 - b. die Gründung, der Beitritt und die Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft nicht als Grund für ungerechtfertigte Diskriminierungen oder Vergeltungsmaßnahmen genutzt werden dürfen,
 - c. Gewerkschaften sich frei und in Übereinstimmung mit dem Recht des Beschäftigungsortes betätigen dürfen; dieses umfasst das Streikrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen;

„frei“ bedeutet insbesondere, dass die Arbeitnehmer ihre Rechte ohne Angst vor Belästigung, Einschüchterung, Strafe, Einmischung oder Repressalien ausüben können;

-
7. des Gebots der Gleichberechtigung und des Verbots der Ungleichbehandlung in Beschäftigung, etwa aufgrund von nationaler und ethnischer Abstammung, sozialer Herkunft, Gesundheitsstatus, Behinderung, sexueller Orientierung, Alter, Geschlecht, politischer Meinung, Religion oder Weltanschauung, sofern diese nicht in den Erfordernissen der Beschäftigung begründet ist; eine Ungleichbehandlung umfasst insbesondere die Zahlung ungleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit;

Religiöse Praktiken der Beschäftigten sind angemessen zu berücksichtigen. Des Weiteren müssen unsere Geschäftspartner Engagement bei der Identifikation, Evaluation und Optimierung einer Kultur der Vielfalt und Inklusion bei allen Aspekten der Arbeitsplatzgestaltung zeigen.

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass die Arbeitnehmer ein Arbeitsumfeld vorfinden, das frei von physischer, psychischer, sexueller und verbaler Belästigung, Einschüchterung oder anderem missbräuchlichen Verhalten ist;

Unsere Geschäftspartner verpflichten sich, die Rechte gefährdeter Gruppen sowohl innerhalb ihrer Unternehmen als auch innerhalb ihrer Unterauftragnehmer zu schützen, insbesondere die Rechte von Frauen, Minderheiten, indigenen Völkern und Kindern.

8. des Verbots des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns; der angemessene Lohn ist mindestens der nach dem anwendbaren Recht festgelegte Mindestlohn und bemisst sich ansonsten nach dem Recht des Beschäftigungsortes;

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie neben dem vorgenannten Mindestlohn auch die nach gleichen Grundsätzen vorgeschriebenen (Sozial-)Leistungen erbringen; zusätzlich zur Bezahlung der regulären Arbeitszeit müssen die Arbeitnehmer für Überstunden mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Zuschlag bezahlt werden oder in Ländern, in denen solche Gesetze nicht existieren, mindestens in Höhe ihres regulären Stundensatzes oder eine andere angemessene Kompensation, z.B. Freizeitausgleich; die Geschäftspartner dürfen weder Lohnabzüge als Disziplinarmaßnahme noch sonstige Abzüge zulassen, die nicht durch nationale Gesetze vorgesehen sind; wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie das Recht der Arbeitnehmer respektieren, ihr Arbeitsverhältnis nach angemessener Kündigungsfrist zu beenden und das gesamte geschuldete Gehalt zu erhalten; Geschäftspartner dürfen keine Form der Mitarbeiteridentifikation (Pässe oder Arbeitserlaubnisse) einbehalten und solche Dokumente nicht vernichten oder den Zugang zu ihnen verweigern als Bedingung für die Beschäftigung, es sei denn, dies ist gesetzlich vorgeschrieben; die Geschäftspartner dürfen von den Arbeitnehmern weder direkt noch indirekt Gebühren, Einstellungskosten oder Kautionen als Vorbedingung für die Arbeit verlangen;

9. des Verbots der Herbeiführung einer schädlichen Bodenveränderung, Gewässerverunreinigung, Luftverunreinigung, schädlichen Lärmemission oder eines übermäßigen Wasserverbrauchs, die
- die natürlichen Grundlagen zum Erhalt und der Produktion von Nahrung erheblich beeinträchtigt,
 - einer Person den Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser verwehrt,
 - einer Person den Zugang zu Sanitäreinrichtungen erschwert oder zerstört oder
 - die Gesundheit einer Person schädigt;
10. des Verbots der widerrechtlichen Zwangsäumung und des Verbots des widerrechtlichen Entzugs von Land, von Wäldern und Gewässern bei dem Erwerb, der Bebauung oder anderweitigen Nutzung von Land, Wäldern und Gewässern, deren Nutzung die Lebensgrundlage einer Person sichert;

-
11. des Verbots der Beauftragung oder Nutzung privater oder öffentlicher Sicherheitskräfte zum Schutz des unternehmerischen Projekts, wenn aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle seitens des Unternehmens bei dem Einsatz der Sicherheitskräfte
 - a. das Verbot von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung missachtet wird,
 - b. Leib oder Leben verletzt werden oder
 - c. die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit beeinträchtigt werden;
 12. des Verbots eines über die Nummern 1 bis 11 hinausgehenden Tuns oder pflichtwidrigen Unterlassens, das unmittelbar geeignet ist, in besonders schwerwiegender Weise eine geschützte Rechtsposition zu beeinträchtigen und dessen Rechtswidrigkeit bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist.

10.1.2 Umweltbezogene Sorgfaltspflichten

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass ihnen ein nachhaltiger und verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt sowie natürlichen Ressourcen wichtig ist. Daher müssen sie bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit danach streben, die Umweltverträglichkeit ihrer Standorte, Produkte und Dienstleistungen fortlaufend zu verbessern und die Umweltrisiken in ihren Betrieben, Produkten und der Lieferkette aktiv zu managen.

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie an ihren Standorten über ein angemessenes Umweltmanagementsystem verfügen, welches Richtlinien und Verfahren umfasst, die darauf abzielen, die Einhaltung von Gesetzen, Verordnungen sowie sonstigen bindenden Verpflichtungen sicherzustellen, um die Umweltleistung zu erhöhen und die Umwelt vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. Dies umfasst insbesondere die Bereiche Treibhausgasemissionen, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Dekarbonisierung, Wasserqualität, Wasserverbrauch und Wasserwirtschaft, Luftqualität, verantwortungsbewusstes Chemikalienmanagement, nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung, Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling, Tierschutz, Artenvielfalt, Landnutzung und Entwaldung, Bodenqualität, Lärmemissionen. Dabei sollen die Geschäftspartner auf eine kontinuierliche Verbrauchsreduktion von Energie, Wasser und natürlichen Ressourcen zielen und einen gesetzeskonformen Umgang mit Abfällen, Abwässern und Gefahrstoffen sicherstellen. Die Geschäftspartner müssen gefährliche Abfälle minimieren, Waren in einer angemessenen Umverpackung versenden und wiederverwendbare / recycelte Verpackungsmaterialien fördern und ihre Luftemissionen verantwortungsvoll steuern. Der Energieverbrauch und die Emission von Treibhausgasen sind durch unsere Geschäftspartner zu erfassen und zu dokumentieren. Deren Verringerung ist anzustreben.

Die Geschäftspartner müssen darüber hinaus Umweltaspekte in die eigene Produktentwicklung und Dienstleistung integrieren. Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie auf umweltverträgliche, fortschrittliche und effiziente Technologien setzen und diese über den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte implementieren.

Unsere Geschäftspartner verpflichten sich zur Wahrung:

1. des Verbots der Herstellung von mit Quecksilber versetzten Produkten gemäß Artikel 4 Absatz 1 und Anlage A Teil I des Übereinkommens von Minamata vom 10. Oktober 2013 über Quecksilber (Minamata-Übereinkommen);
2. Des Verbots der Verwendung von Quecksilber und Quecksilberverbindungen bei Herstellungsprozessen im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 und Anlage B Teil I des Minamata-Übereinkommens ab dem für die jeweiligen Produkte und Prozesse im Übereinkommen festgelegten Ausstiegsdatum;

-
3. des Verbots der Behandlung von Quecksilberabfällen entgegen den Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 3 des Minamata-Übereinkommens;
 4. des Verbots der Produktion und Verwendung von Chemikalien nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a und Anlage A des Stockholmer Übereinkommens vom 23. Mai 2001 über persistente organische Schadstoffe (POPs-Übereinkommen) und des Rates vom 20. Juni 2019 über persistente organische Schadstoffe (Delegierte Verordnung (EU) 2021/277 der Kommission vom 16. Dezember 2020);
 5. des Verbots der nicht umweltgerechten Handhabung, Sammlung, Lagerung und Entsorgung von Abfällen nach den Regelungen, die in der anwendbaren Rechtsordnung nach den Maßgaben des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer i und ii des POPs-Übereinkommens gelten;
 6. des Verbots der Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Artikel 1 Absatz 1 und anderer Abfälle im Sinne des Artikel 1 Absatz 2 des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung vom 22. März 1989 (Basler Übereinkommen) und im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (Verordnung (EG) Nr. 1013/2006):
 - a. in eine Vertragspartei, die die Einfuhr solcher gefährlichen und anderer Abfälle verboten hat (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des Basler Übereinkommens),
 - b. in einen Einfuhrstaat im Sinne des Artikel 2 Nummer 11 des Basler Übereinkommens, der nicht seine schriftliche Einwilligung zu der bestimmten Einfuhr gegeben hat, wenn dieser Einfuhrstaat die Einfuhr dieser gefährlichen Abfälle nicht verboten hat (Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c des Basler Übereinkommens),
 - c. in eine Nichtvertragspartei des Basler Übereinkommens (Artikel 4 Absatz 5 des Basler Übereinkommens),
 - d. in einen Einfuhrstaat, wenn solche gefährlichen Abfälle oder andere Abfälle in diesem Staat oder anderswo nicht umweltgerecht behandelt werden (Artikel 4 Absatz 8 Satz 1 des Basler Übereinkommens);
 7. des Verbots der Ausfuhr gefährlicher Abfälle von in Anlage VII des Basler Übereinkommens aufgeführten Staaten in Staaten, die nicht in Anlage VII aufgeführt sind (Artikel 4A des Basler Übereinkommens, Artikel 36 der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006) sowie
 8. des Verbots der Einfuhr gefährlicher Abfälle und anderer Abfälle aus einer Nichtvertragspartei des Basler Übereinkommens (Artikel 4 Absatz 5 des Basler Übereinkommens).

Sämtliche in Ziffer 10.1.1 und 10.1.2 genannten Gesetze und Übereinkommen beziehen sich stets auf die jeweils aktuellste Fassung.

10.2 Maßnahmen des Geschäftspartners zur Wahrung der Sorgfaltspflichten

Unsere Geschäftspartner verpflichten sich, geeignete Richtlinien, Verfahren und sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um Risiken für und Verletzungen der Sorgfaltspflichten nach den Ziffern 10.1.1.1 und 10.1.2 zu erkennen, vorzubeugen und zu reduzieren und sicherzustellen, dass ihre Aktivitäten nicht zu Menschenrechts- oder Umweltverletzungen, insbesondere gegen die in Ziffern 10.1.1 und 10.1.2 genannten, beitragen oder diese verursachen und um alle negativen Auswirkungen zu beheben, die direkt durch ihre Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen verursacht oder mitverursacht werden. Der Geschäftspartner wird seine Arbeitnehmer und Unterauftragnehmer hinsichtlich der Pflichten dieses Kodex schulen. Auf Nachfrage von Diehl sind Schulungsnachweise unverzüglich vorzulegen.

11. Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die Geschäftspartner müssen Nachhaltigkeitsberichte im Einklang mit den geltenden gesetzlichen Anforderungen erstellen und veröffentlichen.

12. Ethik-Programm

12.1 Richtlinien und Verhaltenskodex

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie einen eigenen Verhaltenskodex in ihrem Unternehmen (einschließlich ihrer verbundenen Unternehmen) implementieren und befolgen, der die Erwartungen dieses Kodex enthält. Die Geschäftspartner sollen von ihren Mitarbeitern fordern, ethische, wertorientierte Entscheidungen im Geschäftsverkehr zu treffen.

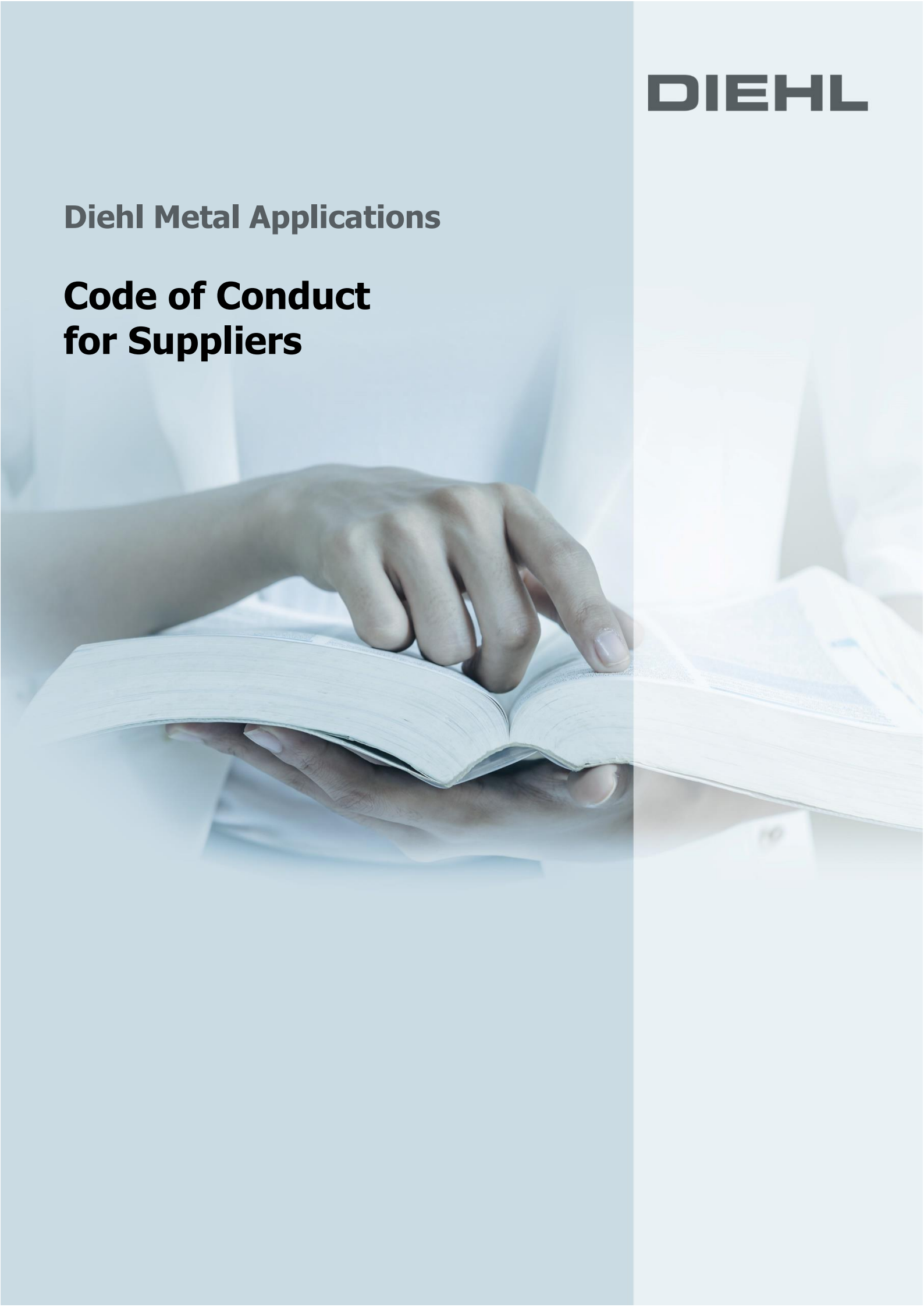
Vorgesetzte und Führungskräfte müssen eine besondere Vorbildfunktion haben und dafür sorgen, dass ihre Mitarbeiter mit dem Inhalt des Verhaltenskodex vertraut sind. Die Führungskräfte müssen in ihrem Bereich präventive Maßnahmen implementieren, um Verstößen vorzubeugen. Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass Verstöße unbeschadet weitergehender zivil- oder strafrechtlicher Konsequenzen mit Disziplinarmaßnahmen geahndet werden können.

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie Mitarbeitern und Dritten Zugang zu angemessenen Meldewegen gewähren, um Rat einzuholen oder rechtliche oder ethische Bedenken vorzubringen, ohne Vergeltungsmaßnahmen befürchten zu müssen, einschließlich der Möglichkeit zur anonymen Meldung. Wir erwarten außerdem von unseren Geschäftspartnern, dass sie Maßnahmen ergreifen, um Vergeltungsmaßnahmen zu verhindern, aufzudecken und zu korrigieren.

DIEHL

Diehl Metal Applications

**Code of Conduct
for Suppliers**



Preliminary Remark

Dear business partner,

The business relationship between Diehl and its suppliers and subcontractors (hereinafter referred to as "Business Partners") is an important component in establishing business success. Diehl requires its Business Partners, i.e. you, to ensure full compliance with all laws and regulations applicable to your company in those countries in which you do business or provide services. In particular, compliance with and dissemination in your supply chain of the standards set forth in this Code of Conduct for Business Partners (hereinafter referred to as "Code of Conduct"). In addition, this Code of Conduct formalizes the expectations Diehl places on its Business Partners in terms of ethics, human rights and environmental law as part of doing business with integrity. The Code of Conduct aims to communicate the basic principles of doing business with companies of the Diehl Group to all Business Partners and to regulate them in a binding manner. While recognizing differences in cultures and legal requirements, Diehl demands at the same time that all business activities are conducted in a manner consistent with this Code of Conduct, irrespective of the location of the Business Partner. This Code of Conduct represents the minimum standard of best practice. The Code of Conduct therefore applies to all Business Partners of Diehl and forms an integral part of the contractual relationship between Diehl and all of its Business Partners; this shall also apply to all affiliated companies and employees of the Business Partners. Each Business Partner shall observe, comply with and promote the Code of Conduct when providing goods and services to a Diehl company, and shall train its employees regularly and appropriately in this regard. Business Partners are required to establish management systems with policies and processes in order to support compliance with laws and regulations as well as with the expectations set forth in this Code of Conduct. Diehl reserves the right to subject the continuation of the business relationship with a Business Partner to the condition that the Business Partner conducts its business in accordance with any adjusted requirements of Diehl, in particular subject to the results of a possible risk analysis. Diehl expects its Business Partners to communicate and enforce the expectations set forth in this Code of Conduct to their own business partners (hereinafter referred to as "subcontractors") with whom they collaborate regarding the provision of goods and/or services. The same shall apply to the subcontractor's supply chain.

For better readability, there is no gender-specific differentiation.

1. Scope of application

This Code of Conduct shall apply to all suppliers (hereinafter referred to as "Business Partners") with whom companies of the Diehl Group enter into a business relationship.

2. Compliance with laws

Business Partners are bound to comply with all laws and regulations applicable to their business activities, including the local laws and regulations of all countries outside Germany in which operational or strategic business is conducted or services are provided.

3. Prohibition of bribery / corruption

3.1 Anti-Corruption-Laws

Business Partners are obliged to comply with the anti-corruption laws, directives and regulations that govern operations in the countries in which they do business, regardless of local customs. This also includes compliance with anti-corruption laws with extraterritorial application.

Any kind of bribery and corruption is prohibited. No Business Partner may offer, provide or accept bribes. Bribery is a criminal offense. This includes bribery in business transactions as well as bribery of any holder of office or granting of advantages and acceleration payments (facilitation payments). In particular, any direct or indirect offer, promise, provision or acceptance of inappropriate benefits, whether material or of any other kind, for the purpose of acquiring orders or procuring unlawful advantages is forbidden to all Business Partners (corruption).

Business Partners are expected to conduct reasonable due diligence to prevent and detect bribery and corruption in all business arrangements, including partnerships, the engagement of contractors and subcontractors, joint ventures, offset agreements, and the hiring of third party intermediaries such as sales agents or consultants.

3.2 Illegal payments

Business Partners must not offer any illegal payments to, or agree to receive illegal payments from any customer, subcontractor, their agents, representatives or others. We expect Business Partners to prohibit their employees from receiving, paying and/or promising sums of money or anything of value, directly or indirectly, intended to exert undue influence or gain improper advantage. This prohibition applies even in locations where such activity may not violate local law.

Business Partners must not offer, promise, make or accept improper payments of money or anything of value to government officials, political parties, candidates for public office or any other person.

This includes a prohibition on so-called "facilitation" or "grease" payments intended to expedite or secure performance of a routine governmental action, like obtaining a visa or customs clearance, unless there is a formal legal governmental fee schedule for such expediting services and the Government provides receipts. Personal safety payments are permitted where there is an imminent threat to health or safety.

3.3 Business relations

Relationships with other companies and between employees and their business partners - e.g. with subcontractors and customers and with government offices and their employees, etc. - must be characterized by transparency, especially in the areas of purchasing and sales. This also applies to relationships with former employees and, in particular, to the family members of employees who directly or indirectly supply goods or services to the Business Partner.

Employees of Business Partners who are involved in contractual negotiations with authorities must be familiar with the guidelines governing the process of submitting business offers in each respective country, and may not violate them.

Business Partners are obliged to compete for orders by fair and legal means and carry out contractual negotiations in compliance with all legal provisions.

3.4 Fraud and deception

Business Partners shall not seek to gain an advantage of any kind by acting fraudulently, deceiving people, making false claims, or allowing anyone else representing them to do so. This includes defrauding or stealing and any kind of misappropriation of property or information.

3.5 Competition and antitrust

Business Partners must not enter into any formal or informal anti-competitive agreements that fix prices, manipulate supply, limit supply, or allocate/control markets. They must not exchange current, recent or future pricing information with competitors. Business Partners must not participate in a cartel or any activity that would unlawfully restrain or affect competition.

3.6 Gifts / business courtesies

In any business relationship, Business Partners must ensure that the offering or receipt of any gift or business courtesy is permitted by applicable laws and regulations and that such exchanges do not violate the rules and standards of the recipient's organization and are consistent with reasonable marketplace customs and practices. No cash gifts or cash equivalents will be offered or accepted.

3.7 Conflict of interest

We expect our Business Partners to avoid all conflicts of interest or situations giving the appearance of a potential conflict of interest. Business Partners will provide immediate notification to all affected parties in the event that an actual or potential conflict of interest arises. This includes a conflict between the interests of the Business Partner and / or its subcontractors and personal interests or those of close relatives, friends or associates.

4. Global compliance with import and export trade laws

4.1 Import

Business Partners are required to ensure that their business practices are in accordance with all applicable laws, directives and regulations governing the import of parts, components, technical data and services.

4.2 Export and Sanctions

Business Partners are obliged to ensure that their business practices are in accordance with all applicable laws, directives and regulations, including economic sanctions and embargoes, governing the export and transfer of parts, components and technical data and services. Business Partners must provide truthful and accurate information and obtain export licenses and/or consents where necessary.

4.3 Responsible sourcing of minerals

Business Partners must comply with applicable laws and regulations regarding the direct and indirect sourcing of critical materials and conflict minerals (i.e., when integrated in purchased products). Those materials include "conflict minerals" (tin, tungsten, tantalum, and gold), rare earth elements, as well as other minerals or metals (e.g., bauxite, cobalt, titanium, lithium). Business Partners are required to establish a policy and management system to reasonably assure that the "conflict minerals" as well as critical material which may be contained in products they supply are sourced responsibly (i.e., with limited environmental impact and not detrimental to Human Rights).

Business Partners are bound to support efforts to eradicate the use of any conflict minerals, which directly or indirectly finance or benefit armed groups that are perpetrators of serious human rights abuses. Business Partners must conduct due diligence and provide with supporting data on their sources and supply chain of custody for these minerals when requested, and identify any potential doubt on the origin and / or on the production means.

In the event that the material "chain of custody" supplied is "indeterminable" or otherwise unknown, Business Partners must either attain the appropriate certifications, or phase out that source of mineral.

4.4 Counterfeit parts

We expect Business Partners to develop, implement and maintain effective methods and processes appropriate to their products to minimize the risk of counterfeit parts and materials being delivered. Effective processes must be in place to detect report and quarantine counterfeit parts and materials and to prevent such parts from re-entering the supply chain. If counterfeit parts and/or materials are detected or suspected, Business Partners must provide immediate notification to the recipient of such counterfeit parts and/or materials.

4.5 Product Safety and Quality

We expect our Business Partners to comply with all laws and regulations on product safety and quality, whilst delivering products and/or services to agreed product safety and quality standards.

We expect our Business Partners to have in place quality assurance processes to identify any defects and implement corrective actions.

4.6 Money Laundering Prevention

We expect our Business Partners to comply with the legal regulations on money laundering prevention.

5. Financial Responsibility (Maintain Accurate Records)

We expect our Business Partners to be aware of their financial responsibility and comply with the respectively applicable legal regulations. We expect our Business Partners to have in place appropriate controls to accurately and securely create, store and maintain business records and not to alter any record entry to conceal or misrepresent the underlying transaction. All records, regardless of format, made or received as evidence of a business transaction must fully and accurately represent the transaction or event being documented. Records must be retained based on the applicable retention requirements.

6. Information Protection

6.1 Protecting Sensitive, Confidential and Proprietary Information

We expect Business Partners to ensure that all sensitive, confidential and proprietary information is appropriately protected.

Business Partners must comply with applicable data privacy laws in the collection, processing and transfer of personal data and information.

Business Partners must not use information for any purpose (e.g., advertisement, publicity, and the like) other than the business purpose for which it was provided, unless there is prior authorization from the owner of the information.

Business Partners must protect the sensitive, confidential and proprietary information of others, including personal data/information, from unauthorized access, destruction, use, modification and disclosure through appropriate physical and electronic security procedures, including mitigating emerging risks to information systems by implementing appropriate IT cyber security programs.

Business Partners must report any suspected or actual breach or security incident to Diehl as soon as they become aware of it, if the data breach/security incident affects the business relationship.

6.2 Protection of Intellectual Property

Business Partners must comply with all applicable laws governing intellectual property rights assertions, including protection against disclosure. Moreover, Business Partners must respect the intellectual property of other natural persons and legal entities and may only use the relevant information, computer programs or processes only in accordance with the respective license agreements or within the framework of legal provisions.

6.3 Insider Trading

Business Partners and their personnel may not use any material or non-publicly disclosed information obtained in the course of their business relationship as a basis for trading or enabling others to trade in the stock or securities of any company.

7. Payment of Taxes

Business Partners must ensure that they comply with all applicable tax laws and regulations in the countries where they operate and are open and transparent with the tax authorities. Under no circumstances may Business Partners engage in deliberate illegal tax evasion or facilitate such evasion on behalf of others.

As such, Business Partners must put in place effective controls to minimize the risk of tax evasion or its facilitation, and provide appropriate training, support and whistleblowing procedures with protection against reprimands to ensure that their employees understand and implement them effectively and can report any concerns.

8. Timely Payment of Subcontractors

We expect fair and reasonable payment practices and prompt payment of undisputed and valid invoices from our Business Partners in accordance with the agreed upon contractual payment terms.

9. Risk Management

We expect Business Partners to actively manage risks in accordance with applicable legal regulations and not to pass down risks inappropriately to subcontractors or third parties. Business Partners must share information on risks to ensure risks can be mitigated.

10. Due diligence and responsibility in the supply chain

10.1 Basic principle

We expect our Business Partners to conduct their business and operations in a way that respects human rights, based on internationally recognized human rights and the UN Guiding Principles on Business and Human Rights, as well as the four fundamental principles of the ILO Core Labor Standards.

We expect our Business Partners to treat their employees and the employees of their subcontractors with dignity and to promote fair employment practices and relationships. In particular, this includes

providing fair and competitive wages, prohibiting harassment, bullying and discrimination, prohibiting use of child, forced, bonded or indentured labor, and not engaging in human trafficking for any purpose.

The fulfillment of due diligence obligations, in particular the safeguarding of the protected legal positions listed below, and the acceptance of responsibility regarding the supply chains by the Business Partners within the Diehl Group's supplier network is of central importance to Diehl. Business Partners therefore undertake to address, perform, monitor and assume responsibility for the due diligence obligations set out in this Code of Conduct and the safeguarding of protected legal positions in their supply chain by entering into agreements with their subcontractors. For this purpose, Business Partners must identify risks and actual adverse impacts on human rights and the environment in connection with their activities and business relationships and to inform the responsible persons and their management thereof as part of internal risk management. They are required to take appropriate steps to identify, prevent, reduce and ensure that their operations do not contribute to or cause human rights abuses or environmental violations, and to remedy any adverse impacts directly caused, or contributed to, by their activities or business relationships.

10.1.1 Human Rights Due Diligence

Our Business Partners are obliged to ensure compliance with:

1. the prohibition of employing a child under the age at which compulsory education ends according to the law of the place of employment, provided that the age of employment is not less than 15 years; this shall not apply if the law of the place of employment deviates therefrom within the meaning of Article 2, paragraph 4, and Articles 4 to 8 of No. 138 of the International Labor Organization Convention of June 26, 1973, concerning the Minimum Age for Admission to Employment;
2. the prohibition of the worst forms of child labor for children under the age of 18; this includes, pursuant to Article 3 of International Labor Organization Convention No. 182 of June 17, 1999, the prohibition and immediate action for the elimination of the worst forms of child labor.
3. the prohibition of the employment of persons in forced labor, which includes any labor or service which is required of a person under penalty of punishment and for which he or she has not volunteered, for example as a result of bonded labor or human trafficking. Exceptions to forced labor are labor or services that are compatible with Article 2, para. 2, of the International Labor Organization Convention No. 29 of June 28, 1930, concerning Forced or Compulsory Labor, or with Article 8, Letters b and c, of the International Covenant of December 19, 1966, on Civil and Political Rights;
4. the prohibition of all forms of (modern) slavery, slave-like practices, servitude or other forms of domination or oppression in the workplace environment, such as extreme economic or sexual exploitation and humiliation;
5. the prohibition of disregarding the obligations of occupational health and safety applicable under the law of the place of employment, if this results in the risk of accidents at work or workrelated health hazards, in particular due to:
 - a. apparent inadequate safety standards in the provision and maintenance of the workplace and work equipment,
 - b. the lack of appropriate protective measures to avoid exposure to chemical, physical or biological substances,
 - c. the absence of measures to prevent excessive physical and mental fatigue, in particular through improper labor organization in terms of working hours and breaks; or
 - d. the inadequate training and instruction of employees;

We expect our Business Partners to respect the right of their employees to leave the workplace after their shift and to provide employees with regulated hours of work, daily and weekly rest periods and annual leave in accordance with the law of the place of employment;

6. the prohibition of violation of the freedom of association, according to which
 - a. employees are free to form or join trade unions,
 - b. the formation, joining and membership of a trade union may not be used as a reason for unjustified discrimination or retaliation,
 - c. Unions may operate freely and in accordance with the law of the place of employment; this includes the right to strike and the right to collective bargaining;

„freely" means, in particular, that workers may exercise their rights without fear of harassment, intimidation, punishment, interference or reprisal;

7. the imperative of equal and prohibition of unequal treatment in employment, for example on the basis of national and ethnic descent, social origin, health status, disability, sexual orientation, age, gender, political opinion, religion or belief, unless this is justified by the requirements of the employment; unequal treatment includes in particular the payment of unequal remuneration for work of equal value;

Religious practices of employees shall be given due consideration. Furthermore, our business partners must demonstrate commitment to identifying, evaluating and optimizing a culture of diversity and inclusion in all aspects of workplace design;

We expect our Business Partners to provide employees with a work environment that is free from physical, psychological, sexual and verbal harassment, intimidation or other abusive behavior;

We expect our Business Partners to protect the rights of vulnerable groups both within their companies and within their subcontractors, particularly the rights of women, minorities, indigenous peoples and children;

8. the prohibition of the withholding of a reasonable wage; the reasonable wage shall be at least the minimum wage established by the applicable law and shall otherwise be determined by the law of the place of employment;

We expect our Business Partners to provide, in addition to the aforementioned minimum wage, the (social) benefits prescribed by the same principles. In addition to being paid for regular working hours, employees must be paid for overtime at the statutory premium rate or, in countries where such laws do not exist, at least at the level of their regular hourly rate or other appropriate compensation, e.g. time off in lieu. Business Partners must not allow wage deductions as a disciplinary measure or any other deductions not stipulated by national laws. We expect our Business Partners to respect the right of employees to terminate their employment after reasonable notice and to receive the full salary owed. Business Partners shall not withhold any form of employee identification (passports or work permits) and shall not destroy or deny access to such documents as a condition of employment, unless required by law. Business Partners must not directly or indirectly demand fees, recruitment costs or deposits from employees as a precondition of employment;

9. the prohibition of causing harmful soil alteration, water pollution, air pollution, harmful noise emission or excessive water consumption which
 - a. substantially impairs the natural basis for the preservation and production of food,
 - b. denies a person access to safe drinking water,
 - c. impedes or destroys a person's access to sanitary facilities;

-
- d. harms a person's health;
 10. the prohibition of unlawful evictions and the unlawful deprivation of land, forests and waters associated with the acquisition, development or other use of land, forests and waters, the use of which secures a person's basis of existence;
 11. the prohibition of hiring or using private or public security forces for the protection of the business project if, due to a lack of instruction or control on the part of the company in the use of the security forces
 - a. the prohibition of torture and cruel, inhuman or degrading treatment is disregarded,
 - b. life or limb is violated, or
 - c. the freedom of association and organization are impaired;
 12. the prohibition of an act or omission contrary to duty which exceeds numbers 1 to 11 and which is directly capable of impairing a protected legal position in a particularly serious manner and whose illegality is obvious upon a reasonable assessment and consideration of all the circumstances in question.

10.1.2 Environmental Due Diligence

We expect our Business Partners to value a sustainable and responsible approach to the environment as well as natural resources. Therefore, in the course of their business activities, they must strive to continuously improve the environmental performance of their locations, products and services, and actively manage environmental risks across their operations, products and supply chain.

We expect our Business Partners to have an appropriate environment management system in place at their locations, including directives and procedures aimed at ensuring compliance with laws, regulations and other binding obligations in order to improve environmental performance and protect the environment from harmful effects. This includes in particular the areas of greenhouse gas emissions, energy efficiency, renewable energy, decarbonization, water quality, water use and management, air quality, responsible chemical management, sustainable resource management, waste prevention, reuse and recycling, animal welfare, biodiversity, land use and deforestation, soil quality, noise emissions. In doing so, Business Partners shall aim to continuous reduction of consumption of energy, water and natural resources, and ensure a legally compliant handling of waste, wastewater and hazardous substances. Business Partners shall minimize hazardous waste, ship goods in appropriate repackaging and promote reusable / recycled packaging materials, and responsibly manage their air emissions. Energy consumption and greenhouse gas emissions must be recorded and documented by our Business Partners and efforts must be made to reduce them.

Furthermore, Business Partners must incorporate environmental aspects into their own product development and services. We expect our Business Partners to be committed to environmentally compatible, advanced and efficient technologies and to implement them over the entire life cycle of their products.

Our Business Partners are committed to safeguarding:

1. the prohibition of the manufacture of mercury-added products in accordance with Article 4(1) and Annex A, Part I of the Minamata Convention on Mercury of 10 October 2013 (Minamata Convention);
2. the prohibition of the use of mercury and mercury compounds in manufacturing processes as defined in Article 5(2) and Annex B, Part I, of the Minamata Convention from the phase-out date specified for the respective products and processes in the Convention;
3. the prohibition of the treatment of mercury waste contrary to the provisions of Article 11(3) of the Minamata Convention;

-
4. the prohibition of the production and use of chemicals under Article 3(1)(a) and Annex A of the Stockholm Convention of 23 May 2001 on Persistent Organic Pollutants (POPs Convention) and of the Council of 20 June 2019 on Persistent Organic Pollutants (Commission Delegated Regulation (EU) 2021/277 of 16 December 2020);
 5. the prohibition of non-environmentally friendly handling, collection, storage and disposal of waste in accordance with the regulations in force in the applicable jurisdiction under the terms of Article 6(1)(d)(i) and (ii) of the POPs Convention;
 6. the prohibition of exports of hazardous waste as defined in Article 1(1) and other waste as defined in Article 1(2) of the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal of 22 March 1989 (Basel Convention) and as defined in Regulation (EC) No 1013/2006 of the European Parliament and of the Council of 14 June 2006 on shipments of waste (Regulation (EC) No 1013/2006):
 - a. to a Party that has prohibited the import of such hazardous and other wastes (Article 4(1)(b) of the Basel Convention),
 - b. to an importing country, as defined in Article 2(11) of the Basel Convention, that has not given its written consent to the particular import, if that importing country has not prohibited the import of such hazardous waste (Article 4(1)(c) of the Basel Convention),
 - c. to a non-Party to the Basel Convention (Article 4(5) of the Basel Convention),
 - d. to an importing country if such hazardous waste or other waste is not being managed in an environmentally sound manner in that country or elsewhere (Article 4 paragraph 8 sentence 1 of the Basel Convention);
 7. the prohibition of exports of hazardous waste from countries listed in Annex VII to the Basel Convention to countries not listed in Annex VII (Article 4A of the Basel Convention, Article 36 of Regulation (EC) No 1013/2006); and
 8. the prohibition of the import of hazardous wastes and other wastes from a non-Party to the Basel Convention (Article 4(5) of the Basel Convention).

All laws and conventions referred to in Clauses 10.1.1 and 10.1.2 always refer to the most recent version.

10.2 Actions taken by the Business Partner to comply with Due Diligence obligations

Our Business Partners undertake to implement appropriate policies, procedures and other measures to identify, prevent and reduce risks to and violations of the due diligence obligations set out in Sections 10.1.1 and 10.1.2 and to ensure that its operations do not contribute to or cause human rights abuses or environmental violations, in particular against those set out in Sections 10.1.1 and 10.1.2, and to address any negative impacts directly caused or contributed to by its operations or business relationships. Business Partners shall provide training to their employees and subcontractors regarding the obligations of this Code of Conduct. Upon request by Diehl, proof of training shall be provided immediately.

11. Sustainability Reporting

Business Partners must prepare and publish Sustainability Reports in accordance with the applicable legal requirements.

12. Ethics Program

12.1 Directives and Code of Conduct

We expect our Business Partners to implement and adhere to their own Code of Conduct in their business (including their affiliated companies) containing the expectations of our Code of Conduct. Business Partners shall require their employees to make ethical, value-based decisions in doing business.

Superiors and managers have a special role model function and must ensure that their employees are familiar with the content of this Code of Conduct. The managers must implement preventive measures in their area to prevent violations. We expect from our Business Partners that violations with disciplinary measures, without any further civil and/or criminal consequences, can be punished.

We expect our Business Partners to provide employees and third parties with access to appropriate reporting channels to seek advice or raise legal or ethical concerns without fear of retaliation, including the option to report anonymously. We also expect our business partners to take steps to prevent, detect and correct retaliation.